

Pressemitteilung zu Falschmeldungen während der Haushaltsverhandlungen

Der Fraktionen:

Wählervereinigung für das neue Schmölln

CDU Fraktion

Fraktion DIE LINKE Schmölln

SPD Fraktion Schmölln

Neues Forum Schmölln

Im Nachgang der Stadtratssitzung am 10.12.2020 äußerten sich Stadratsmitglied Markus Bär und der zur Sitzung selbst nicht anwesende Vorsitzende der Fraktion Bürger für Schmölln, Jürgen Keller, einsehbar für alle Nutzer im sozialen Netzwerk Facebook. Dabei stellten beide in Teilen sogar falsche Behauptungen auf, die geeignet sind, die Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Die hier unterzeichnenden Fraktionen verwarfen sich gegen diese Art der politischen Auseinandersetzung und fordern die Fraktion Bürger für Schmölln auf, sich konstruktiv und vor allem inhaltlich an der kommunalpolitischen Arbeit im Stadtrat zu beteiligen. Politische Diskussionen sollten öffentlich im Stadtrat und im Ausschuss stattfinden und nicht von einzelnen Mitgliedern der Fraktion Bürger für Schmölln in die sozialen Netzwerke verlagert werden, in denen ein ausgewogener Meinungs austausch nur schwerlich stattfinden kann. Persönliche Angriffe und Unterstellungen müssen künftig unterbleiben zu Gunsten einer konstruktiven und nach vorn gerichteten Auseinandersetzung im Sinne der Stadt.

Wir sind der Auffassung, dass den im sozialen Netzwerk aufgeworfenen Behauptungen mit Fakten begegnet werden sollte und wollen dies nachfolgend auch tun.

1. Herr Bär behauptet, im letzten Stadtrat wurde „alles ohne große Fragen oder Diskussionen einfach wieder einmal durchgewunken“. „Meine Kollegin Catja Schröter und ich hatten keine Chance gegen die Mehrheit von R2G (Anm.: R2G steht für ein Bündnis aus SPD, Linken und B90/Grünen) und deren Geschlossenheit mit den anderen Fraktionen.“

Antwort:

Richtig ist, dass auf Grund des hohen Infektionsgeschehens und der gültigen Allgemeinverfügung des Landkreises u.a. Tagungen von Stadträten auf die Dauer von zwei Stunden begrenzt sind. Der Bürgermeister schlug vor, bei Erreichen der Höchstdauer die Sitzung zu unterbrechen und am 15.12. fortzusetzen. So handhaben es auch andere Gemeinden. Trotzdem hatten in der Sitzung zu jedem Tagungsordnungspunkt und zu jeder Zeit die Stadratsmitglieder das Recht und die Möglichkeit, Fragen zu stellen und die Diskussion zu eröffnen. Die Stadtratsvorsitzende fragte wie zu anderen

Sitzungen auch die Wortmeldungen ab. Frau Schröter und Herr Bär hatten zu jeder Zeit die Möglichkeit, sich in die Diskussion einzubringen. Von dieser Möglichkeit machten sie nur wenig Gebrauch.

Im Stadtrat sind neben der Fraktion Bürger für Schmölln (5) folgende Fraktionen vertreten: Wählerversammlung für das neue Schmölln (6), CDU (6), LINKE (5), SPD (5), Neues Forum (2) und ein FDP-Vertreter. Rein formal gibt es im Stadtrat kein die Mehrheit tragendes Bündnis aus LINKE, SPD und B90/Grüne, da die Grünen im Stadtrat nicht vertreten sind. Es gibt auch kein blockweises Abstimmen. Selbst innerhalb der Fraktionen kommt es mitunter zu unterschiedlichem Abstimmungsverhalten. Mehrheitlich getroffene Entscheidungen sind das Ergebnis demokratischer Meinungsfindungsprozesse. Das hat die Fraktion BfS wenigstens zur Kenntnis zu nehmen und die Demokratie anzuerkennen.

2. Markus Bär: „Warum (waren) nur 2 Leute von BfS (da)? Unser Fraktionschef Jürgen Keller war der Sitzung demonstrativ ferngeblieben, weil ihm erst eine öffentliche Fragestunde der Bürger zugesagt und diese später von Herrn Schrade einfach ersatzlos wieder abgesetzt wurde. In fast jeder Stadt gibt es online und öffentlich die Möglichkeit, sich mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen und Sachen zu klären. Nur hier ist der Bürgermeister resistent gegen Kritik.“

Antwort:

Herrn Keller dürfte bekannt sein, dass er als Stadtratsmitglied nach §37 Thüringer Kommunalordnung eine Pflicht zu Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates hat. Wörtlich heißt es hier weiter: „Gegen Gemeinderatsmitglieder, die sich dieser Verpflichtung ohne genügende Entschuldigung entziehen, kann der Gemeinderat ein Ordnungsgeld bis zu fünfhundert Euro im Einzelfall verhängen.“ Ob Protestdemonstration ein genügender Grund für ein Fernbleiben ist, dürfte fraglich erscheinen. Richtig ist, dass der Bürgermeister die Tagesordnung für die Stadtratssitzung festlegt und den Hauptausschuss und die Beigeordneten darüber in Kenntnis setzt. Richtig ist auch, dass Herr Schrade in Rücksprache mit den Mitgliedern des Hauptausschusses am 30.11. entschieden hat, trotz der angespannten pandemischen Lage, den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ auf die Tagesordnung zur Stadtratssitzung zu setzen. Einen Tag nach der Tagung des Hauptausschusses wurde die neue Allgemeinverfügung des Landkreises mit erheblichen Beschränkungen für öffentliche Sitzungen veröffentlicht. Zugleich stiegen die Infektionszahlen im Landkreis immer weiter an. Herr Schrade setzte daraufhin am 02.12. den Hauptausschuss, dessen Mitglied Jürgen Keller ist, sowie die Beigeordneten in Kenntnis, dass er beabsichtigt, die Tagesordnung zu straffen, um dem Infektionsgeschehen nicht weiter Vorschub zu leisten. Darüber hinaus erläuterte Herr Schrade im Stadtrat und hat das auch schon in den Wochen davor getan, dass Bürgerinnen und Bürger jederzeit die Möglichkeit haben, sich telefonisch und per Mail an die Verwaltung zu wenden mit Fragen, die sie sonst im Stadtrat gestellt hätten. Darüber hinaus hat der Bürgermeister die Idee aus dem Stadtrat aufgegriffen und einen digitalen Mängelmelder programmieren lassen, der auf der Homepage der Stadt seit Kurzem verfügbar ist. Die Stadt Schmölln ist im Landkreis im Übrigen die einzige Kommune, die für ihre Einwohner ein solches Angebot vorhält. Insofern sind die Vorwürfe zur fehlenden Kritikfähigkeit und fehlender Kontaktmöglichkeit zur Stadtverwaltung schlichtweg unwahr.

3. Markus Bär: „Punkt für Punkt wurde alles zielstrebig abgearbeitet. Aus Zeitgründen wurde nicht einmal vorgelesen über was abgestimmt wird und die anwesenden Besucher konnten sich nur flüchtig ein Bild von allem machen.“

Antwort:

Die Unterlagen zum öffentlichen Teil der Stadtratssitzung sind seit Freitag, dem 04.12.2020 online für jeden lesbar unter ris.schmoelln.de eingestellt gewesen. Dieses Angebot hält nicht jede Gemeinde für ihre Bürger vor. Schmölln im Sinne der Transparenz schon. Der Bürgermeister hat die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlagen kurz zusammengefasst und vorgetragen. Aus Zeitgründen wurde auf das Vorlesen verzichtet, wie es in anderen Gemeinden im Übrigen generell gehandhabt wird. Denn jedes Stadtratsmitglied ist, wenn es sich gut auf die Sitzung vorbereitet, in der Lage, selbst zu lesen. Und noch einmal: wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Lage.

4. Markus Bär: „(...) als plötzlich in der Haushaltsberatung für 2021 eine Streichliste von Vorhaben besprochen wurde, die uns am Eingang zur Sitzung in die Hand gedrückt wurde und von Jürgen Keller stammen sollte. Von wem die Liste nun war, ist unwichtig, wir haben mit Herz und Verstand entschieden und nicht so, wie es andere Fraktionen vorher einstudieren.“

Antwort:

Diese Liste mit Einsparvorschlägen wurde bereits am 08.12.2020 ins Ratsinformationssystem für jeden öffentlich eingestellt. Alle Stadtratsmitglieder wurden per Mail über die neue Unterlage informiert. In der Sitzung wurde die Unterlage lediglich ergänzt um Angaben zum Verfasser und zu Erläuterungen zur Darstellungsweise. In der Tat ist es wichtig, zu erwähnen, von welcher Fraktion die in Teilen durchaus überlegenswerten Einsparvorschläge gekommen sind: von der Fraktion BfS, unterzeichnet von Herrn Keller, die auf Nachfrage beim Bürgermeister er ihm per E-Mail vom 18.10.2020 zukommen ließ. Seinen Fraktionskollegen, also auch Herrn Bär, sendete Herr Keller diese Nachricht in Kopie. Insofern ist Herr Bär seit dem 18.10.2020 (!) in Kenntnis über die Sparvorschläge seiner Fraktion bzw. seines Fraktionsvorsitzenden und hatte genügend Zeit sich ein Bild von den Vorschlägen zu machen. Die Fraktion BfS hatte neben den Sparvorschlägen für die neuen Ortsteile im Übrigen auch Einsparvorschläge für die Kernstadt und ihre „alten“ Ortsteile unterbreitet: Einsparungen bei Sanierungen von Gehwegen in der Kernstadt, Einsparungen beim 4. Bauabschnitt der Dorferneuerung in Zschernitzsch, Einsparungen bei Dorferneuerungsmaßnahmen im Dorfzentrum von Sommeritz. In der Beratung der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt am 10.11.2020 wurden diese Anträge beraten. Ein Großteil der Einsparmaßnahmen in der Altgemeinde wurden verworfen. Hier sollte nicht gespart werden, eben um ein ausgeglichenes Verhältnis von alten und neuen Ortsteilen zu wahren. Herr Bär und Frau Schröter haben in der Stadtratssitzung am 10.12.2020, zu der ihr Fraktionsvorsitzender ferngeblieben ist, gegen ihre eigenen Sparvorschläge gestimmt und sich wie alle andere Fraktionen auch für wichtige Investitionen und gegen Einsparungen ausgesprochen. Anders als Herr Bär Glauben machen will, hat er sich bei fast allen Investitionsentscheidungen dafür ausgesprochen. Bei den Maßnahmen Dorferneuerung Zschernitzsch und Flutlichtanlage Lumpzig hat er sich enthalten. Lediglich beim Pfarrhof in Nöbdenitz stimmte Herr Bär mit Nein.

Die Fraktionen haben sich sehr wohl mit den Einsparvorschlägen beschäftigt. Dies zeigt allein die Tatsache, dass man sich im Vorfeld über einige Einsparvorschläge der Fraktion BfS verständigen konnte.

5. Jürgen Keller: „Ich konnte in der Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November durchsetzen, daß diese dann doch noch aufgenommen wurde. Als dann der Landrat kurz danach eine neue Allgemeinverfügung in Kraft setzte, mit welcher die Dauer von Versammlungen auf maximal zwei Stunden begrenzt wurde, dachte Herr Schrade noch immer nicht daran, diese überlange Tagesordnung zu kürzen, sondern strich daraufhin die Bürgerfragestunde erneut. Die Sitzung sollte allerdings geteilt werden und am 15. Dezember ihre Fortsetzung finden. So sollte eben aus einem eventuellen Infektionsherd ein zweiter gemacht werden. Erst nachdem unsererseits mit email vom 6. Dezember darauf hingewiesen worden war, daß derartiges sinnwidrig ist und eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten problemlos verschoben werden könnten, entschloß sich der Bürgermeister mit email vom 8. Dezember dazu, die Tagesordnung zu kürzen.“

Antwort:

Stadtratsmitglied Jürgen Keller sprach zu Beginn der Sitzung des Stadtrates vom 05.11. wörtlich noch von „Corona-Hysterie“, worauf die Stadtratsvorsitzende ihm sinngemäß entgegnete, er möge sich bitte ein Bild von den Zuständen im Klinikum Altenburger Land machen, das mit immer mehr Fällen von Covid19-Erkrankten stationär und auf der Intensivstation zu kämpfen hat. Insofern dürfte die Haltung des Herrn Keller zur Corona-Pandemie leider sehr klar sein. Sich nun als Vorkämpfer für pandemieangepasste Stadtratssitzungen darzustellen, widerspricht seinem bisher an den Tag gelegten Verhalten in dieser Frage.

Im Übrigen bleibt festzuhalten, dass der Bürgermeister grundsätzlich die Tagesordnung festlegt, so wie es die Thüringer Kommunalordnung vorsieht. Insofern ist es nicht wahr, dass sich Herr Keller durchgesetzt hat. Herr Schrade hat sich ein MEINUNGSBILD im Hauptausschuss eingeholt. Eine Abstimmung hierzu gab es nicht. Herr Schrade hat sich auf Grundlage des Meinungsbildes des Hauptausschusses entschieden, den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ für die Tagesordnung des Stadtrates aufzunehmen. Auf Grund der sich schnell verschlechternden Infektionslage im Altenburger Land sowie der zur Tagung des Hauptausschusses noch nicht bekannten neuen Allgemeinverfügung des Landkreises hat sich der Bürgermeister entschieden, die Tagesordnung zu straffen und Möglichkeiten zu finden, die Sitzungsdauer gemäß der neuen Verfügung wirksam zu begrenzen und nach Aussagen des Bürgermeisters selbst, nach Rücksprache mit der Stadtratsvorsitzenden und parallel auf Bitten einer weiteren Fraktion auf zwei Tage aufzuteilen.

6. Jürgen Keller: „Da in der ersten Haushaltsberatung enorme Fehlbeträge in beiden Haushaltsteilen vorgestellt worden waren, hatte unsere Fraktion übrigens als einzige Fraktion Einsparungsvorschläge in Höhe von etwas mehr als einer Million Euro eingereicht. Aber damit stießen wir auf völliges Unverständnis bei unseren Kollegen, Einsparungen waren nicht angesagt. Die Finanzprobleme unserer Stadt sollen durch die im Haushaltsentwurf enthaltenen Kreditaufnahmen gelöst werden, unsere Vorschläge wurden mit Kommentaren wie „absolute

Anmaßung“ (Katzenberger), „abstrus“ (Gampe) bzw. „blanke Polemik“ (Burkhardt) quittiert. Dies allerdings regelmäßig ohne Begründung, weshalb denn die aufgrund der Haushaltslage zur Streichung vorgeschlagenen Vorhaben so unaufschieblich seien. Folgerichtig wird sich die Verschuldung unserer Stadt bis zum Jahre 2024 ca. um insgesamt stattliche 10 Millionen Euro steigern, sofern der Haushalt wie zu vermuten am 14. Januar so beschlossen wird.

Antwort:

Dass die anderen Fraktionen keine Einsparvorschläge unterbreitet haben, entspricht nicht der Wahrheit. Allein die SPD-Fraktion hat – schriftlich im Ratsinformationssystem fixiert – mindestens zwei Vorschläge unterbreitet.

Zum anderen stellt sich ein Teil der Einsparvorschläge der Fraktion BfS als keine Einsparung heraus. Die Fraktion BfS schlägt vor, dass die Eigenmittel für den Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz im Jahr 2021 in Höhe von 91.000 Euro gestrichen werden. Dem Fraktionsvorsitzenden ist verwaltungsseitig bereits mitgeteilt worden, dass dies den Stop des Projekts und die Rückzahlung von Fördermitteln in Höhe von ca. 1.000.000 Euro zur Folge hätte. Desweiteren schätzt die Fraktion BfS Einsparungen am Straßenbau und der Beleuchtung im 4. Bauabschnitt in Zschernitzsch und fordert hilfsweise den unbedingten Bau ohne Fördermittel. Zumindest Herrn Keller sollte klar sein, dass für den Erhalt von Fördermitteln ein regelrechter Ausbau zu erfolgen hat und nicht einfach „Pi mal Daumen“ gekürzt werden kann. Der Fraktion ist auch bekannt, dass die Förderquote für diese Maßnahmen 65 Prozent (!) betragen. Es erschließt sich nicht, wie ohne Förderung mit vielleicht ein paar Einsparungen hier günstiger gebaut werden kann.